



„Die Krise von 2008 war nur ein Warnschuss“

Marc Friedrich ist mit kritischen Büchern zur Finanzwelt zum Bestseller-Autor geworden. Nun fordert er eine radikale Steuerreform. Spinnerei oder Lösung? Die SZ sprach mit ihm.

Gemeinsam mit Drogeriekönig Götz Werner hat Marc Friedrich (42) das Buch „Sonst knallt's“ geschrieben. Er prognostiziert darin eine schlimmere Finanzkrise als 2008.

Foto: PR

Herr Friedrich, wer hat gesagt: „Wenn ein Unternehmen Tausende von Arbeitsplätzen sichert, erbringt es einen anderen gesellschaftlichen Wert, als wenn ein paar hochintelligente Hedgefonds-Manager Milliarden verdienen.“

Das können nach der Finanzkrise von 2008 alle möglichen Leute gesagt haben: von Sarah Wagenknecht bis Angela Merkel. Fast jeder wusste, dass was schiefgelaufen war.

Es war Siemens-Chef Joe Kaeser, und gesagt hat er das im September 2017 im Spiegel. Überrascht Sie das?

Nein. Herr Kaeser hat ja recht. Die Produkte, die die Finanzelite handelt, die versteht ja fast keiner, und es hat sich seit 2008 nichts geändert. Darum wird uns das Finanzsystem früher oder später um die Ohren fliegen. 2008 war nur ein Warnschuss.

Hier in Sachsen, in Görlitz, will Siemens ein Turbinenwerk mit 1 200 Jobs schließen – trotz eines Konzerngewinns in Milliardenhöhe. Die AfD ist dort derzeit stärkste Partei. Hängt das zusammen?

Wenn Menschen wirtschaftlich abgehängt werden oder sich auch nur so fühlen, dann glauben sie schnell den Heilsversprechen irgendwelcher Schreihälse. Schauen Sie auf die Wahl in Italien, wo Links- und Rechtspopulisten gesiegt haben. Ich glaube, in Deutschland wird die SPD in der Nichtigkeit verschwinden. Zudem hat das Ende der Ära Merkel begonnen, auch wenn sie noch mal zur Bundeskanzlerin gewählt wird. In der Wirtschafts-, vor allem aber in der Finanzpolitik, haben etablierte Parteien versagt. Die Quittung kommt jetzt.

Erst in der vorigen Woche kam die Meldung, sächsische Unternehmen hätten im Export so viel umgesetzt wie noch nie seit 1991. Es läuft doch gut.

Keine Frage, die deutsche Wirtschaft ist auf der Überholspur. Sie profitiert immer noch vom „Made in Germany“-Image, und sie profitiert vom günstigen Euro. Der Euro ist zu schwach für Deutschland und viel zu stark für Südeuropa. Insofern eint der Euro nicht, sondern spaltet wirtschaftlich starke und schwache Nationen.

Raus aus dem Euro also. Dann sind Sie ja bei der AfD gut aufgehoben.

Ich fühle mich von keiner Partei vertreten. Ich war bereits eurokritisch, da gab es die AfD noch gar nicht. Die Instrumentalisierung das nur. Wenn Populisten an die Macht kommen wie in Griechenland, dann sieht

man ja: Sie können es auch nicht besser. Die Links- und Rechtspopulisten in Athen haben bislang nichts, aber auch gar nichts besser gemacht. Der Wandel kommt immer von unten wie 1989 in Leipzig.

Sie schreiben, Spitzenpolitiker der EU hätten durch „krasse Fehlentscheidungen“ den Nährboden für Populisten, Nationalisten, Separatisten und Extremisten bereitet. Welche Entscheidungen meinen Sie?

Suchen Sie sich was aus: die Rettungspakete für Griechenland, die Bankenrettung durch Steuergelder, die geplante Euro-Ausweitung auf Bulgarien und Rumänien. All das ist Realitätsverlust. Brauchbarer wäre etwa die Entwicklung eines Insolvenzverfahrens für Banken und Staaten gewesen.

Lehnen Sie den Kapitalismus tatsächlich komplett ab?

Nein. Kapitalismus ist nichts Schlechtes. Er hat Wohlstand gebracht und ist als System am ehesten vereinbar mit dem materiellen Streben der Menschen. Die Finanzwelt aber hat den Kapitalismus gekapert und ihn als Geisel genommen. Folglich lehne ich den Finanzkapitalismus ab. Dass wir alle für die Fehler der Finanzwelt haften, ist asozial. Nach der Krise von 2008 wurden die Probleme nicht gelöst, sie wurden verschoben.

Sie plädieren für eine stärkere Bankenregulierung. In den USA aber wird den Geldhäusern unter Trump wieder mehr Leine gelassen. Wird sich die Finanzkrise wiederholen?

Die Anzeichen für eine Überhitzung sind schon da. In den nächsten fünf Jahren wird eine neue Krise kommen, und die wird viel teurer werden als die von 2008.

Was wird diese neue Krise auslösen?

Da gibt es viele Möglichkeiten: Das Volumen schlechter Konsumentenkredite in den USA ist immer noch riesig. Das gilt auch für den Teil des Finanzmarkts in China, der nicht kontrolliert wird. Vielleicht wird in Europa eine systemrelevante Bank kollabieren. Eine neue Euro-Krise könnte kommen. Ich halte es auch für möglich, dass Italien aus der EU austreten wird.

Um die Folgen der Krise von 2008 zu überwinden, produzieren die Notenbanken billiges Geld und kaufen Staats-schulden. Wann ist Schluss damit?

Diese Strategie war ein Fehler von Beginn

an. Die wirtschaftliche Entwicklung in Südeuropa ist von den Aufkäufen der Staatsschulden abhängig. Das ist ungesund, es treibt einen Keil zwischen die europäischen Staaten. In Island hat man das Gegenteil gemacht: Man hat die Sozialkosten erhöht und gleichzeitig einen Rettungsschirm über die Bürger gespannt, nicht über die Banken. Es kamen fünf harte Jahre für die Isländer, jetzt stehen sie gut da. Die Europäische Zentralbank hingegen pumpt jeden Tag eine Milliarde Euro in den Markt – und wir alle haften dafür.

Sie sagen, die Zinspolitik der Notenbanken enteigne Sparer schleichend. Wenn dem so ist: Warum ist es so ruhig? Protestiert wird gegen die Asyl-, aber nicht gegen die Finanzpolitik.

Es protestiert niemand, weil die „Brot-und-Spiele-Strategie“ der Römer perfektioniert worden ist. Wir haben Fußball, Privat-TV, Spaß, Party und Internet. Ablenkung allerorten. Zudem funktioniert die Grundversorgung gut. Am ehesten fürchten die Bürger noch die auf sie zukommende Altersarmut. Dafür machen viele aber nicht Finanzwelt und Politik verantwortlich. Dabei ist ganz klar: Die Bürger sollen für die Staatsschulden aufkommen. Genau das geschieht mit der Niedrigzins-Politik.

Die meisten Deutschen sind bei Sparkassen und Genossenschaftsbanken. Ihrer Ansicht nach werden diese Geldhäuser wegen der Niedrigzinsphase die Kosten auf die Kunden abwälzen und zum Beispiel die Kontogebühren erhöhen. Bei uns hat die Sparkasse Meißen das gerade getan. Wie weit wird das gehen?

Ich bin von Haus aus Fan regionaler Banken. Aber auch die müssen für überschüssige Liquidität bei der Europäischen Zentralbank einen Strafzins bezahlen. Die Kosten dafür geben sie an Kunden weiter. Wir erleben steigende Gebühren bei immer weniger Filialen. Irgendwann wird der Privatbanker Strafzinsen zahlen, in der Schweiz ist das bereits der Fall. Die Gefahr, dass die Leute deshalb ihr Geld von der Bank holen, wächst. Darum wird nun versucht, das Bargeld sukzessive abzuschaffen.

Weil ohne Bargeld keinen Bankenrunn möglich ist?

Genau. Politiker und Banker sind sich einig: Die Bilder aus Griechenland und Zypern dürfen sich nicht wiederholen. Die Debatte um die Bargeldabschaffung ist ebenso wie die Nullzins-Politik als Vorsor-

maßnahme gegen die nächste Krise zu werten.

In Ihrem jüngsten Buch zeichnen Sie ein Untergangsszenario: Der Wohlstand geht flöten, die Demokratie steht auf dem Spiel, EU und Euro scheitern. Konstruktiv ist das nicht gerade.

Ich bin Realist. Die Fakten liegen auf dem Tisch. Außerdem schlagen wir Lösungen vor: Auflösung des Euro, Schuldenerlass für Südeuropa, mehr Eigenkapital für die Banken, strikere Regulierungen in der Finanzwelt, die Trennung zwischen Investmentbanken und normalen Geschäftsbanken. Kurzum: Die Finanzbranche muss einen kontrollierten Entzug durchlaufen.

Das reicht Ihnen ja nicht. Sie fordern ein generell neues Wirtschaftsdenken. Ihre erste Kernforderung lautet: Konsumsteuer. Was meinen Sie damit?

Das ist nichts anderes als eine Mehrwertsteuer von 45 bis 50 Prozent. Weil wir den Kampf gegen Steueroasen verlieren, muss Deutschland selbst eine Steueroase werden. Dazu schaffen wir alle Steuern ab mit Ausnahme der Konsumsteuer. Auf den Cayman-Inseln in der Karibik ist das schon so. Grundnahrungsmittel könnten niedriger besteuert werden, Luxusgüter höher. Auch wer unbedingt Erdbeeren im Winter von der Südhälfte essen will, sollte darauf mehr Steuern zahlen. Mit diesem System fallen die legalen und illegalen Tricks zur Steuervermeidung weg, Finanzbeamte und Steuerberater werden größtenteils überflüssig.

Ihre zweite Kernforderung ist ein bedingungsloses Grundeinkommen von rund 1 000 Euro im Monat. Wie wollen Sie das finanzieren?

Mit der Konsumsteuer und durch Bürokratieabbau. Hartz IV, Wohngeld, dieser ganze riesige staatliche Sozialapparat fällt weg. Außerdem muss jedem klar werden: In den nächsten 10 bis 20 Jahren werden 40 bis 60 Prozent der Jobs durch die Digitalisierung überflüssig. Was machen wir mit diesen Menschen? Stecken wir sie in Slums? Oder gewähren wir ihnen nicht doch lieber eine Grundsicherung, um sich dann selbst aus dem Schlamassel herauszuarbeiten?

■ Das Gespräch führte Ulrich Wolf.
■ Marc Friedrich ist am 15. März gemeinsam mit Kompanon Matthias Weik Gast des Unternehmerclubs Oberlausitz. Beginn: 18 Uhr im BMW-Mobilforum in Bischofswerda. Eintritt: 25 Euro. Anmeldung erforderlich.

Post lagert Zusteller aus

Bonn. Für den Einsatz ihrer Paketzusteller schraubt die Deutsche Post etwas an ihrer Arbeitsstruktur. Zum Mai soll ein sogenannter Gemeinschaftsbetrieb gegründet werden, wie am Montag bekannt wurde. Hiermit wird ein gemeinsamer Personaleinsatz von Mitarbeitern verschiedener Firmen erleichtert, zudem können gewisse Doppelstrukturen in der Verwaltung wegfallen. An der Bezahlung der Beschäftigten ändert sich nichts.

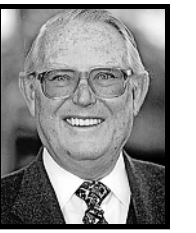
Seit einigen Jahren sind Paketzusteller bei der Post in unterschiedlichen Firmen beschäftigt: Mehr als 40 000 Beschäftigte, die nur Pakete austragen oder Pakete und Briefe bringen, sind noch bei der Konzernmutter Post tätig, gut 10 000 Beschäftigte sind hingegen bei den 2015 gegründeten „Delivery“-Tochterfirmen tätig.

Die Gründung dieser regionalen Töchter hatte 2015 für erhitzte Diskussionen gesorgt, in einem mehrwöchigen Streik protestierten Beschäftigte gegen dieses Vorhaben. Die Beschäftigten der 46 regionalen Delivery-Gesellschaften werden nach den Tarifen der Logistik-Branche bezahlt und damit meist schlechter als ihre Kollegen von der Post AG, deren Entgelte sich nach dem Haustarifvertrag ausrichten. Gewerkschaften sind angesichts der neuen Post-Pläne alarmiert. (dpa)

Erivan Haub gestorben

Er baute ein gigantisches Handelsimperium auf. Zu seinem Reich gehörten Kik, Obi und Tengelmann.

Mülheim/Ruhr. In der breiten Öffentlichkeit war sein Name bis zuletzt fast unbekannt: Erivan Haub. Dabei schrieb der nun im Alter von 85 Jahren verstorbene Unternehmer in den 1970er-, 80er- und 90er-Jahren Einzelhandelsgeschichte. Zu dem von ihm unter dem Dach der Unternehmensgruppe Tengelmann errichteten Familienimperium gehören Deutschlands größter Textildiscounter Kik und die Baumarktkette Obi – und lange Zeit war das Unternehmen auch im Lebensmittelhandel ein ernst zu nehmender Wettbewerber. Das Manager-Magazin schätzte das Vermögen der Unternehmerfamilie 2017 auf rund 4,2 Milliarden Euro.



Erivan Haub. Foto: dpa

Der in Wiesbaden geborene Kaufmann Haub hatte 1969 die Lebensmittelgruppe in vierter Generation übernommen und bis 2000 als allein geschäftsführender Gesellschafter geführt. In den mehr als 30 Jahren baute er Tengelmann zu einem internationalen tätigen Warenhandelskonzern aus. Schon 1971 übernahm Tengelmann unter Haub die Kaiser's Kaffee-Geschäft AG in Viern. Ein Jahr später brachte er den Markendiscounter Plus an den Start. Haub hatte unter anderem auch ein Anwesen in Radebeul, in dem einige Jahre Sachsens ehemaliger Ministerpräsident Kurt Biedenkopf lebte. Haub und die Biedenkopfs waren befreundet.

Erivan Haub starb am Dienstag vergangener Woche auf seiner Ranch in Pinedale im US-Bundesstaat Wyoming, wie das Unternehmen am Montag mitteilte. (dpa/SZ)

Verbraucherschützer ziehen 2 200 gefährliche Waren aus dem Handel

Vor allem bei Spielzeug entdeckten die Prüfer der EU-Mitgliedstaaten verbotene und riskante Substanzen.

VON DETLEF DREWES,
SZ-KORRESPONDENT IN BRÜSSEL

Brüssel. Ein künstliches Tattoo, das bis zum Rand voller Nickel steckt, ein Rennrad, dessen vordere Gabel zu leicht bricht, ein Suzuki-Motorrad, bei dem die Kette reißt, wenn geschaltet wird – das sind nur drei Beispiele für Produkte, die die europäischen Verbraucherschutzbehörden in der ersten März-Woche aus den Läden holten. 2 201 Mal schlugen die Fachleute der Mitgliedstaaten im Vorjahr Alarm – eine geringfügige Steigerung im Vergleich zu 2016, als 2 044 Produkte betroffen waren. 354 Meldungen kamen aus Deutschland. Und wieder betrafen 636 Warnungen (29 Prozent) Kinderspielzeug. Gefährliche Schwächen bei Fahrzeugen (20 Prozent),

Textilien (zwölf Prozent) sowie elektronischen Geräten (sechs Prozent) und Babyartikeln (fünf Prozent) folgen. Das sogenannte Rapex-System der EU (Rapid Exchange of Information System = Schnelles Austauschsystem für Informationen) sorgte dafür, dass die Auffälligkeiten, die in einem Land festgestellt wurden, schnellstmöglich in allen 31 angeschlossenen Ländern (EU plus Island, Liechtenstein und Norwegen) weitergegeben wurden. „Dieses System hilft uns, für die Sicherheit unserer Kinder zu sorgen und tödliche Unfälle auf unseren Straßen zu verhindern“, sagte Verbraucherschuttkommissarin Vera Jourová gestern bei der Vorstellung der Jahresbilanz in Brüssel. Dennoch funktioniert das Warnsystem noch nicht reibungslos. Das Problem: Konsumenten bestellen zunehmend Waren übers Internet, die aus Drittstaaten nach Europa geschickt werden. Auch deshalb verabschiedete die Behörde Anfang März eine Empfehlung, nach der die Mitgliedstaaten stärker gegen illegale Inhalte im Netz – einschließlich gefährlicher Produkte – vorgehen sollen.



Das Batteriefach an diesen Puppen kann einfach geöffnet werden. Die Knopfzellen sind dadurch auch für kleine Kinder zugänglich. Foto: Rapex

Besonders gravierend: In den mit Abstand meisten Fällen wurden Waren aus dem Verkehr gezogen, weil es Verletzungsrisiken gab (28 Prozent). Erst Anfang März fiel den Behörden eine Sportjacke für Kinder auf, deren lose Applikationen sogar zu Strangulationen hätten führen können.

22 Prozent der Produkte wiesen zu hohe oder riskante Belastungen durch chemische Stoffe auf, die weit über den in der EU geltenden Grenzwerten lagen. Von 17 Prozent der gemeldeten Produkte ging Erstickungsgefahr, beispielsweise durch Schnüre oder Kleinteile, aus. Elektrische Schläge

waren bei zehn Prozent der Grund für den Bann. Sechs Prozent der entfernten Waren bargen sogar das Risiko, sich zu entzünden.

Nach wie vor stammen 1 167 (53 Prozent) der gerügten Produkte aus China und Hongkong. Das sei zwar nicht mehr als im Vorjahr, sagte die Kommissarin, allerdings auch nicht weniger. Ganz offensichtlich sind die seit Jahren laufenden Gespräche mit den Herstellern aus Fernost nur begrenzt erfolgreich.

Rapex wurde im Jahre 2003 gegründet und dient dem schnellen Informationsaustausch zwischen den Mitgliedstaaten, die die Prüfergebnisse ihrer eigenen Behörden zuliefern. Im Falle einer Warnung kann die EU dann entweder den Verkauf einstellen lassen oder verbieten, einen Rückruf erzwingen oder sogar einen Importstopp durch die Zollbehörden verfügen.

■ Die wöchentlichen Warnmeldungen des Rapex-Systems können im Internet (leider nur auf Englisch) jederzeit eingesehen werden. Auch ein Newsletter für bestimmte Produktbereiche kann hier bestellt werden: www.sz-link.de/Gefahr